

Haushaltsrede 2009

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Herrn Prof. Dr. Jürgen Rolle

am 27. März 2009

in Köln

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr LVR-Direktor,
sehr geehrter Herr Dr. Baur aus Westfalen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es macht nicht wirklich Spaß, in diesen wirtschaftlich düsteren Zeiten hier zu stehen und eine Haushaltsrede zu halten.

In der gesamten Republik und weit darüber hinaus bangen die Menschen um ihren Arbeitsplatz, fürchten sich vor der Zukunft und haben – leider – allen Grund dazu. Auch auf unseren Verband kamen und kommen noch sehr schwierige Zeiten zu. Hier seien stichwortartig nur WestLB und NRW.BANK genannt. Aus meiner Sicht ein immer wieder schmerzhafter und im Hinblick auf die möglichen Forderungen gegen die Landschaftsverbände unverzeihlicher Fehler der Landesregierung, die WestLB nicht zum rechten Zeitpunkt mit der LBBW fusionieren gelassen zu haben. Das führt nunmehr zu unüberschaubaren und kaum kontrollierbaren fiskalischen Belastungen.

Trotzdem haben wir uns heute entschlossen, den bereits zwischen den beiden Landschaftsverbänden vereinbarten Ausstieg aus der NRW.BANK aufzuschieben. Der heute gefasste einvernehmliche Beschluss des Ausstiegs bei gleichzeitiger Aussetzung des Vollzuges dieses Beschlusses ermöglicht es, eine insgesamt kommunalfreundliche Lösung zu finden. So ist eine Förderbank in Alleinherrschaft des Herrn Linssen bis auf weiteres vom Tisch, ein Segen für die Kommunen in unserem Land ! Andererseits ist hier eine Lösung gefunden worden, die die Bildung einer Rücklage von über 300 Mio. Euro entbehrlich macht. Das hätte für uns bedeutet, in die Haushaltssicherung einzutreten. Und die daraus resultierenden Belastungen für die uns finanzierenden Kommunen wären nicht mehr vertretbar gewesen ! Das alles wäre – wie bereits gesagt – bei einer rechtzeitigen Fusion vermeidbar gewesen, aber Eitelkeiten einzelner Landespolitiker haben eine kommunalfreundliche und für **alle** Seiten gewinnbringende Lösung zur rechten Zeit leider verhindert.

Aber Kommunalfreundlichkeit war bekanntlich noch nie Schwerpunkt dieser Landesregierung, erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an

- die Novellierung des Sparkassengesetzes,
- die für die Kommunen unsägliche Änderung des § 107 GO sowie
- die in der Sache absolut abwegige Diskussion zur Verstaatlichung der Landschaftsverbände ! In diesem Punkt immerhin hat die Landesregierung – bis auf weiteres - Einsichtsfähigkeit bewiesen.

Anders sieht das im Bereich des **Ausbaus der U 3–Plätze** im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes aus.

Ein Schwerpunkt der Landesregierung ist der Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren. Durch das Kinderbildungsgesetz und das Bundesförderungsprogramm soll die Zahl der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder in Kindertageseinrichtungen im kommenden Kindergartenjahr um weitere 11.000 Plätze auf 55.600 Plätze steigen.

Soweit so gut !

Ein qualitativ guter Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder wird von allen Beteiligten der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen begrüßt.

Allerdings ist und bleibt die **Umsetzung** dieser riesigen und wichtigen Aufgabe den beiden Landesjugendämtern mit dem jetzigen Personal überlassen. Und auch von den Kommunen wird hier ein finanzielles „Mehr“ zu leisten sein. Qualität und vernünftige sowie zukunftsweisende Um-, Ausbau- und Neubaumaßnahmen müssen verantwortlich geplant und ausgeführt werden. Dafür benötigen alle Beteiligten Zeit! Nur so kann es gelingen!

Dem Landesjugendamt Rheinland lagen Ende 2008 schon weit über 2000 Anträge vor. In 2009 sind und werden weitere Anträge eingehen. Sie sind ordnungsgemäß zu prüfen, die Antragsteller in vielen Fällen sowohl pädagogisch als auch finanztechnisch zu beraten, erst danach kann abschließend beschieden werden.

Von den bis März vorliegenden Anträgen mit einem Antragsvolumen von 110 Mio. Euro konnten bislang knapp 1000 Anträge mit einem Volumen von ca. 35 Mio. Euro abschließend bewilligt werden.

An diesen Zahlen können Sie erkennen, dass die Mitarbeiter des Landesjugendamts hoch motiviert arbeiten. Dafür auch im Namen der betroffenen Kinder und Familien herzlichen Dank.

Die rheinischen Kommunen können und wollen also Plätze für Kinder unter 3 Jahren schaffen! Die riesige Nachfrage aus den Kommunen führte im Nachtragshaushalt des Landes zur Schaffung von ca. 10.000 weiteren U 3-Plätzen.

Aber – so die zuständige Staatssekretärin: „Diese zusätzlichen Plätze können nur dann realisiert werden, wenn die Kommunen entsprechende Anträge bis 15.03. mit einer im jeweiligen Rat beschlossenen und haushalterisch abgesicherten Bedarfsplanung beantragen.“

Trotz aller Anstrengungen: Nur knapp die Hälfte der Träger / Kommunen konnte diesen Termin 15.3. halten und sich so ca. 4000 weitere Plätze sichern – also: Fazit: Aufgrund der organisatorischen Ungereimtheiten der Landesregierung im Zeitablauf, mangelnder Informationen an nachgeordnete Behörde, knappste Zeitfenster für Bewilligungen, ist der größte Teil der großspurig verkündeten zusätzlichen Plätze eine reine „Polit-Show“.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der Qualifizierung der Tageseinrichtungen – und das ist von uns allen politisch gewollt – ist der **Ausbau der gemeinsamen Erziehung für Kinder mit und ohne Behinderung**.

Politisch wollen wir langfristig weg von reinen heilpädagogischen Einrichtungen hin zur „gemeinsamen Erziehung“ für alle Kinder in allen Kommunen des Rheinlandes. Aber es gibt hemmende Faktoren für dieses gemeinsame Ziel:

- Die Finanzierung des notwendigen Umbaus der heilpädagogischen Tageseinrichtungen.
- Der Wegfall der „zusätzlichen Fachkraft“, die jeder heilpädagogischen Tageseinrichtung zur Verfügung steht und
- für die Träger das Verlassen der Voll-Finanzierung durch den Wechsel zur Finanzierung nach KiBiz, also mit Eigenanteil des Trägers.

Meine Damen und Herren, seien Sie sicher, an der Verwirklichung dieser Ziele wird die SPD-Fraktion mit Nachdruck arbeiten.

Wir werden die Integration im gemeinsam formulierten politischen Interesse fortführen und schnellstmöglich umsetzen. Auch wenn es Geld kostet !

Apropos Geld. Relativ wenig Geld kostet und große Wirkung für den LVR entfaltet die **Kultur** .

Bevor ich auf die aktuelle Situation in einigen Teilbereichen eingehen werde, gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück.

Es erfüllt uns mit Stolz, mit dem neuen Römermuseum in Xanten neben dem LVR LandesMuseum Bonn ein weiteres Flugschiff in den Reihen der LVR-Museen zu haben. Hier wird deutlich, dass unsere Entscheidungen in den zurückliegenden Jahren richtig gewesen sind. 100.000 Besucher in knapp einem halben Jahr sprechen für sich. Ich hoffe nur, dass wir uns beim weiteren Ausbau des Archäologischen Parks in Xanten auf die Finanzierungszusagen des Landes verlassen können.

Ein „Dauerbrenner“ in unserer politischen Arbeit ist die Netzwerkbildung im Kultur- und Umweltbereich.

Das Umweltnetzwerk ist erfreulicherweise auf einem guten Weg. Die Vernetzung der biologischen Stationen und die Förderung der Projekte entwickelt sich zu einer Erfolgsstory, ein von der Gestaltungsmehrheit geborenes Kind, das landesweit Beachtung findet !

Beim „Netzwerk Kulturelles Erbe“ sind die veranschlagten Etatmittel durch unsere Entscheidungen zu Vogelsang und das Museum in Zülpich fast aufgebraucht.

Dennoch stehen zahlreiche Projekte und Institutionen an, die eine finanzielle Unterstützung seitens des Landschaftsverbandes Rheinland erwarten.

Die Verwaltung hat dankenswerterweise im Kulturausschuss ein Eckpunktepapier „LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe im Rheinland“ vorgelegt.

Die dort dargelegten Kriterien sollen dabei helfen, eine verantwortungsbewusste und gerechte Entscheidung zur Aufnahme von Projekten und Institutionen in das kulturelle Netzwerk des LVR zu treffen. Ich würde es begrüßen, wenn sich hier alle Fraktionen gemeinsam auf eine abgestimmte Vorgehensweise verständigen könnten und so die so wichtige Arbeit für den LVR in diesem Bereich weiterhin erfolgreich fortgesetzt werden könnte !

Neben der Erweiterung des kulturellen Netzwerkes dürfen wir jedoch nicht die bereits bestehenden Beteiligungen, insbesondere in Stiftungen, vernachlässigen. In dem Bemühen, den Landschaftsverband Rheinland in der Region weiter zu vernetzen, wurden seinerzeit auch Stiftungen gegründet, die nicht über die nötigen Grundlagen für die Umsetzung ihrer Ziele verfügen.

Aus diesem Grunde hat die Gestaltungsmehrheit in diesem Hause den Antrag zum Haushalt eingebracht, eine Bestandsaufnahme zur langfristigen Sicherung und Stabilisierung der Beteiligungen im Kulturbereich vorzunehmen, um so eine profunde Grundlage für künftige Entscheidungen zu haben.

Wir erhoffen uns von dieser Bestandsaufnahme weitere Impulse für ein erfolgreiches Beteiligungsmanagement.

Auch hier gilt: Unsere Dezernentin Milena Karabaic wird mit ihrem Team hier – wie bisher - ganz hervorragende Arbeit leisten!

Und das bei zusätzlichen, arbeitsintensiven Aufgaben eine Verstärkung her muss, ebenfalls ! Jedenfalls von hier aus ein ganz herzliches Dankeschön für den unermühten Einsatz in dieser für den LVR **so** außerordentlich wichtigen Arbeit !

Ein weiterer aus Sicht meiner Fraktion ganz zentraler Punkt ist die Gestaltung der Zukunft unserer Kliniken :

Das vor 1 ½ Jahren vorgelegte Gutachten zur Zukunftssicherung der LVR-Kliniken machte unmissverständlich deutlich, dass der LVR Gefahr läuft, seine Gestaltungsmöglichkeiten der psychiatrischen Versorgungslandschaft im Rheinland zu verlieren. Ohne ein deutliches Umsteuern – so die Gutachter - drohen die LVR-Kliniken von anderen Leistungsanbietern, vor allem solchen in privater Trägerschaft, erdrückt zu werden.

Das Gutachten formulierte aber auch, dass der LVR grundsätzlich über ausreichende Potentiale verfügt, um dieser Gefahr erfolgreich entgegenzuwirken! Dieses Potential gelte es, nur richtig zur Wirkung zu bringen! Wir haben gemeinsam alles getan, um die richtige Wirkung zu erzielen !

Die Stärke dieses Potentials wurde im vergangenen Jahr eindrucksvoll deutlich!

Im Juni 2008 beschloss der Landschaftsausschuss ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, das eine grundlegende Reform der Entscheidungsprozesse im LVR zum Inhalt hatte. Dabei war eines - trotz der ungeschminkten Kritik des Gutachters - von Anfang an klar: Die Preisgabe der öffentlichen Trägerschaft der Kliniken stand und steht nicht zur Disposition; formelle wie materielle Privatisierung wird es im LVR nicht geben. An dieser Position hat sich bis heute auch nichts geändert! Und wird sich mit der SPD auch nichts ändern !

Bis Ende 2008 wurde ein enormes, die „Welt“ der Kliniken und des Trägers gewaltig veränderndes Arbeitsprogramm bewältigt:

- Neuordnung der Managementfunktionen und Formulierung klarer Verantwortungsstrukturen
- Maßnahmen der horizontalen Reorganisation auf Klinikebene
- Eckpunkte zur Neukonzeption der Leitungsstrukturen und Entscheidungsprozesse auf Klinikebene sowie Grundlagen und Verfahren zur Steuerung

Also: Die Definition eines neuen Grundgerüsts zur Steuerung des LVR-Klinikverbundes!

Meine Damen und Herren,
es ist eine ganz besonders anspruchsvolle Aufgabe, all diese tief greifenden Veränderungen unter Beibehaltung der Rechtsform und der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft, quasi im laufenden Betrieb - zu etablieren.

Der eindeutige politische Wille im LVR zur Sicherung seiner Kliniken wird dadurch in ganz besonderer Weise demonstriert, dass wir alle diese Beschlüsse nicht nur in dem vorgesehenen Zeitplan, sondern auch einstimmig – über alle Fraktionen hinweg - verabschiedet haben. Dank dafür auch an die CDU-Fraktion !

Wir haben damit gemeinsam deutlich zum Ausdruck gebracht, was für uns Zukunftssicherung der LVR-Kliniken bedeutet.

Unsere zentralen Ziele dabei sind:

- Business is local, das Geschäft läuft betriebswirtschaftlich vor Ort!

- Trägeraufgabe ist die zentrale gebündelte Steuerung der Betriebe, bei der Wahrnehmung zentraler Services muss eine klare Dienstleistungsorientierung bestimmend sein.
- Und letztlich ist es uns wichtig, dass die Vorteile der Zugehörigkeit zu dem öffentlichen LVR-Klinikverbund, der kommunalen Klinikette Psychiatrischer Fachkrankenhäuser durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit unter der Dachmarke des LVR stärker als bisher erkennbar sind.

Was nun abschließend noch der Neukonzeption bedarf, ist die Optimierung der politischen Steuerung. Aber: Ich bin mir sicher, dass die dem Verband innewohnende innovative Kraft und der Wille zur Veränderung auch hier neue politische Steuerungsstrukturen ermöglichen wird, die sowohl der Notwendigkeit, schneller und flexibler zu werden, als auch der Bedeutung einer kommunalen, demokratisch legitimierten Steuerung des LVR-Krankenhausunternehmens gerecht werden wird.

Wesentliche Beschlüsse sind 2008 gefasst worden. Davon alleine ändert sich jedoch zunächst noch nichts!

Neue Strukturen müssen gelebt werden! Das heißt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vor allem in den LVR-Kliniken - müssen dies als Verbesserung erfahren. Wir alle, Verwaltung wie Politik, sind Multiplikatoren dieser neuen Philosophie und wir alle sind verantwortlich, dass diese Strukturen nun so umgesetzt werden, dass sie die Arbeit mit den psychisch erkrankten Menschen verbessern.

Ein gewaltiges Arbeitsprogramm ist damit für die nächsten Jahre in Auftrag gegeben: Regelwerke müssen angepasst werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich in ihren neuen Aufgaben und Rollen zurechtfinden! Die Dringlichkeit zu Veränderungen ist groß, aber wir müssen auch immer darauf achten, dass diese Veränderungen auch menschengemäß bewältigt werden können.

Die Gestaltungsmehrheit hat deshalb in ihren Haushaltsanträgen drei Aspekte durch ihre Anträge in den Vordergrund gehoben, die den zuvor genannten Prozess unterstützend begleiten:

- Optimierung der Personalentwicklung und Personalausstattung in den LVR-Kliniken; z. B. durch die Entlastung der Personalkostenbudgets der LVR-Kliniken um nicht refinanzierte Pensionslastenanteile
- die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch Neukonzeption des Internetauftritts des LVR-Klinikverbundes
- weitere Förderung gemeindenaher, psychiatrischer Versorgungsstrukturen im Rheinland - ich verweise auf die Anträge zur Erweiterung der SPZ-Förderung, die Etablierung eines weiteren SPKom, das Anreizprogramm zur Gerontopsychiatrischen Beratung oder die Optimierung der schwierigen Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe.

Wir investieren in die Zukunft der Kliniken des LVR, wir investieren damit in Qualität für Menschen und dafür steht der LVR!

Ganz persönlich ein Wort des Dankes an unsere umtriebige bis an die persönliche Leistungsgrenze arbeitende LVR-Dezernentin Ulrike Lubek, ein „Import“ aus Westfalen, der durch ihren großen persönlichen Einsatz alle Vorurteile gegenüber diesem Volksstamm Lügen straft.

Sicherlich auch eine Erfolgsstory ist die im Dezernat Soziales geleistete Arbeit. Mal eben still und ohne Aufhebens gut 200 Landesbedienstete in Sachen Versorgungsverwaltung zu ordentlichen Kommunalen umgemünzt – und siehe da, der Laden läuft. An dieser Stelle der Landesrätin sowie den beiden Fachbereichsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für die Abwicklung dieses reibungslosen Übergangs.

Ein weiterer politischer, fiskalischer und für die betroffenen Menschen gewinnbringender Erfolg ist die Beibehaltung der Zuständigkeit der Landschaftsverbände für das betreute Wohnen. Ein Erfolg, der ohne die in diesem Punkt reibungslose und gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik nicht möglich gewesen wäre. Aber das ändert nichts an demografisch bedingten weiteren Fallzahlsteigerungen. Diese können auf Dauer nicht allein durch die Kommunen getragen werden! Ähnlich wie im Bereich der Kindertagesstätten muss hier der Bund in die Pflicht genommen werden, um die finanzielle Belastung mit zu schultern.

Daher haben wir eben die entsprechende Resolution verabschiedet. Im Interesse der Menschen, im Interesse der Qualitätssicherung, und im Interesse der finanzierenden Kommunen !
Ich hoffe sehr, dass diese Resolution ihre Wirkung in Berlin entfalten wird !

Am Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, eine kleine Bilanz der Arbeit der Gestaltungsmehrheit.
Ich komme zunächst zu den Sachen, die wir versprochen, aber nicht gehalten haben.

Es folgen eingelöste Versprechen:

- Die Umlage ist – trotz steigender Fallzahlen in der Sozialhilfe – stabil geblieben.
- Das Personalkostenbudget ist auf dem festgeschriebenen Level gehalten worden.
- Die LVR-Kliniken sind nahezu „fit gemacht für die Zukunft“, die noch ausstehenden Konkretisierungsbeschlüsse werden in naher Zukunft gefasst. Und das - aus Sicht der SPD-Fraktion von außerordentlicher Wichtigkeit – in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft !!!
- Die Angebote für das selbständige Wohnen sind in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut worden, ein Erfolg für die betroffenen Menschen, deren Autonomie gesteigert wird und für die Kämmerin zugleich, die durch diese erfreuliche Entwicklung auch noch mit Kosteneinsparungen rechnen darf.
- Die HPH'e sind zu drei Netzwerken zusammengefasst, die Arbeitsabläufe und –organisation sind optimiert worden.
- Unsere eigenen heilpädagogischen Einrichtungen haben den Autonomisierungsprozess ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur begleitet, die von anderen Trägern geforderten Ziele sind bei weitem überschritten worden ! Im Bereich der Kulturarbeit ist ein Netzwerk entstanden, das die Idee der regionalen Verknüpfung der Kultur in neuem Glanz erscheinen lässt und in seiner Art einzigartig sein dürfte. Ich sage es gerne noch mal: Ein für den LVR unschätzbare Wert, für die Menschen im Rheinland ein Garant für Stabilität und Erhalt wichtiger kultureller Highlights.

- Im Schulbereich haben wir weiter konsequent an der Integration behinderter Schülerinnen und Schüler gearbeitet. Hier ist und bleibt es Ziel meiner Fraktion, langfristig eine nahezu 100-%ige Integration zu erreichen.
- Im Bereich der Jugendarbeit haben wir weiterhin an der Integration, s.o., und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Zusätzlich haben wir etwa mit der „Koordinierungsstelle Armut“ weitere wichtige Schritte getan, um „Qualität für Menschen“ auch für die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erlebbar zu machen, denen es materiell nicht so gut geht !
- Im Bereich Umwelt und umweltbewusstes Bauen haben wir ein Gebäude- und Liegenschaftsmanagement aufgebaut, das auf Nachhaltigkeit setzt und sich diesbezüglich einen weit über das Rheinland hinaus guten Ruf erarbeitet hat.

Abgesehen davon, dass wir auch personell an der Spitze mit dem LVR-Direktor und dem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung außerordentlich gute Besetzungen vorgenommen haben – an dieser Stelle herzlichen Dank für die professionelle Vertretung der LVR-Spitzen nach außen und nach innen (besonders im Vergleich zur aktuellen Situation in Köln) - könnte ich die Liste der Erfolge der Gestaltungsmehrheit in der ablaufenden Periode lange fortsetzen. In Erfüllung auch meiner Fürsorgepflicht gegenüber den Kollegen der CDU lasse ich es zunächst einmal gut sein !

Danke: vor allem auch an unsere Partner in der Gestaltungsmehrheit, d.h., an die FDP und Grüne, mit denen wir all dies gemeinsam geschafft haben.

Bleibt abschließend ein herzliches Dankeschön an die Erste Landesrätin Renate Hötte und ihr Team aus der Kämmerei, die es geschafft haben, uns einen Haushalt vorzulegen, der unseren politischen Zielen entspricht, und das in Zeiten von Rettungsschirmen und Grandfathering.

Ihnen also herzlichen Dank, dass wir heute der vorgeschlagenen Stabilisierung zustimmen können und uns nicht gezwungen sehen, eine vorgeschlagene Erhöhung im Interesse unserer uns finanzierenden Mitgliedskörperschaften zurückholen zu müssen. Ich weiß, das ist nicht allen Finanzexperten beim LVR leicht gefallen.

Viele glauben, in Anbetracht der Situation müsste – wie beim LWL in Westfalen– eine Anhebung der Umlage her.

Wir haben das Vertrauen, dass Politik und Verwaltung gemeinsam bei stabiler Umlage die zentralen Aufgaben des LVR erfüllen können, ohne unsere Mitgliedskörperschaften zusätzlich zu belasten.

In diesem Sinne schaffen wir weiterhin: Qualität für Menschen !